

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Amliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellensuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 46

Stolp, Mittwoch, den 24. Februar 1926

50. Jahrgang

## Borah gegen den Völkerbund.

### Amerika und der Völkerbund.

Zwei Anlagereben des Senators Borah.  
New York, 23. Februar. Senator Borah hielt gestern Abend in Chicago eine zweite große Rede, in der er sich außerordentlich scharf gegen den Eintritt Amerikas in den Völkerbund wandte. England verfüge, so führte er aus, tatsächlich über alle Stimmen, denen Amerika nur eine Stimme entgegenstellen könne. Der Völkerbundsrat sei ein Instrument des Versailler Vertrages gegen Deutschland, durch den Millionen von Menschen in empörend grausamer Weise politisch geknechtet und ihrer natürlichen Hilfsquellen beraubt worden seien. Zur Festigung der imperialistischen Grundzüge der Siegnationen heute man unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder aus und verteile den Reichtum der unterlegenen Völker an die Siegnationen. Man wage es, Amerika aufzufordern, dem Völkerbund beizutreten, damit es an diesem Hölleispiel des Imperialismus teilnehmen kann, damit es die Garantie für diese imperialistische Politik der Siegnationen übernehme. Borah fordert für Amerika, daß es sich weigern müsse, seinen Namen für eine solche Politik herzugeben.

Senator Borah verurteilte in seiner ersten Rede in Chicago auf das allernachdrücklichste den Beschluß des Senats, dem internationalen Gerichtshof im Haag beizutreten, da dieser nichts weiter als ein Anhängsel des Völkerbundes sei. Die traditionelle amerikanische Politik schreibe aber vor, allem fernzubleiben, was irgendwie mit dem Völkerbund zusammenhänge und Amerika in europäische Angelegenheiten verwickeln könne. Das amerikanische Volk müsse die Washingtoner Regierung, wenn sie sich über die Gefühle der überwiegenden Mehrheit der Bürger hinwegsetze, eben zwingen, die Politik zu befolgen, auf die sie sich vor den Wahlen festgelegt habe.

### Um die Ratsfuge in Genf.

Stresemann verlangt „Sicherheiten“.

Berlin, 23. Februar. Die letzten Nachrichten aus Genf über die offizielle Fassung der Tagesordnung für die zur Aufnahme Deutschlands einberufene Völkerbundtagung vom 8. März haben in hiesigen Regierungskreisen anscheinend peinlich überrascht. Aus dieser Tagesordnung ergibt sich nämlich, daß die Entscheidung über die Zuteilung eines ständigen Ratsitzes an Deutschland erst fallen soll, wenn die Aufnahme Deutschlands in den Bund vorhergegangen ist. Dem neuen Planarbeitsprogramm zufolge wird die Plenarsitzung des Völkerbundes zunächst die Aufnahme Deutschlands beschließen und dann ihre Verhandlungen vertagen, um dem Völkerbundsrat für seine Beschlußfassung über den deutschen Ratsitz Zeit zu geben.

Bekanntlich hatte die deutsche Regierung gehofft, daß der umgekehrte Weg eingeschlagen werden und der Völkerbundsrat vor der Plenarsitzung am 8. März den Beschluß über die Aufnahme Deutschlands in den Rat fassen würde. Man glaubte, dadurch die Möglichkeit zu haben, noch in letzter Stunde das deutsche Aufnahmengesuch rückgängig machen zu können, falls der Völkerbundsrat die gleichzeitige Aufnahme eines anderen Staates in den Rat beschließen würde. Die neue Fassung der Tagesordnung beugt diesem von der deutschen Regierung ins Auge gefaßten Eventualschritt vor, indem sie abschließlich Deutschland solange über die Ratsfugefragen im unklaren lassen will, bis seine Aufnahme in den Bund bedingungslos erfolgt ist. Sehr beunruhigt schreibt daher die „Tägliche Rundschau“, das Blatt des Außenministers: „Es versteht sich von selbst, daß Deutschland mit diesem Vorhaben nur dann einverstanden sein kann, wenn am 8. März die Plenarsitzung des Völkerbundes vollkommene Sicherheit darüber bietet, daß der bekannten deutschen Auffassung in bezug auf die Gestaltung des Völkerbundsrats Rechnung getragen wird. Voraussetzung aufrechterhalten, daß der Völkerbundsrat in dem Augenblick, in dem er Deutschland in seine Mitte aufnimmt, von einer Erweiterung des Grenzüms absieht. Darunter verstanden also wieder einmal „Sicherheiten“. Verlangen kann Herr Dr. Stresemann diese — noch dazu „vollkommenen“ — Sicherheit erreichen, wenn bis zu Beginn der Plenarsitzung des Völkerbunds keine Beschluß des Rates vorliegt, der allein die nötige Garantie geben kann, daß alles so abläuft, wie es Deutschland wünscht. Es ist doch sehr bezeichnend, daß sich die englische Regierung, wie es aus dem geradezu talmudischen Wortlaut der letzten offiziellen Neuter-

erklärung hervorgeht, noch immer hartnäckig weigert, in der Ratsfugefrage Farbe zu bekennen, ganz geschweige von Frankreich, das nach wie vor entschlossen ist, seinem polnischen Vassallen den ständigen Ratsitz, koste es was es wolle, zu verschaffen! Wir melden vor einiger Zeit, daß zwischen Paris, London und Berlin bereits unter der Hand Abmachungen getroffen seien, denen zufolge Deutschland zwar im März allein in den Völkerbundsrat aufgenommen würde, doch nur unter der Bedingung, daß es keinerlei Widerspruch gegen die Aufnahme Polens im September erheben würde. Dieser Preis bleibt nach wie vor das mindeste, was Deutschland für seine Einzelaufnahme im März zu bezahlen haben würde — und den zu zahlen sich Herr Dr. Stresemann allem Anschein nach auch schon bereit erklärt hat! Die neue Fassung der Tagesordnung der nächsten Plenarvölkerbundtagung zeigt aber deutlich, daß man sich bis zuletzt in London und Paris die Möglichkeit offen halten will, gegebenenfalls Polen auch schon im März mit dem ständigen Ratsitz zu beglücken.

### Gegen die Erweiterung des Völkerbundsrates.

London, 23. Februar. Bei Gelegenheit der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes von Birmingham hielt Minister Chamberlain eine politische Rede. Chamberlain hat seine Zuhörer, nicht enttäuscht zu sein, wenn wegen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und wegen der deutschen Stellung innerhalb des Völkerbundes ein Streit ausbrechen werde. Er sei überzeugt, daß das Problem praktisch gelöst werden könne, wenn die in Locarno versammelt gewesenen Persönlichkeiten wieder zusammenträfen und die Frage erörterten.

In der Sitzung des Völkerbundsaußschusses des Unterhauses wurde am Montag Abend folgende Entschließung einstimmig angenommen: Der Ausschuss betrachtet mit größter Besorgnis die Absicht, die mit dem ausdrücklichen Zweck der Wahl Deutschlands in den Völkerbund und seiner Aufnahme als ständiges Mitglied in den Völkerbund einberufene Völkerbundsversammlung als Gelegenheit zur Behandlung weiterer grundlegender Änderungen der Völkerbundsverfassung zu benutzen. Der Ausschuss ist der Meinung, daß gegen jegliche Vergrößerung des Völkerbundsrates die ernstesten Einwände bestehen und bittet die Regierung dringend, solchen Änderungen in diesem Augenblick stärksten Widerstand entgegenzusetzen.

### Der Fall Grütze-Lehder.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 23. Februar. Nach 14-tägiger Pause begannen heute wieder die Vorkommnisse des Preussischen Landtages. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abg. Wulle (Völk.), von den Kommunisten mit stürmischen Zurufen „Kememörder“ empfangen, eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

In der Sitzung des Untersuchungsausschusses (Kememörder) vom 22. Februar ist ein Schreiben des Grütze-Lehder verlesen worden, das von den ungeheuerlichsten Behauptungen gegen den Reichstagsabgeordneten Kube und mich spricht. Dieses in geheimer Sitzung verlesene Schreiben erschien heute in sensationeller Aufmachung in der Berliner Presse. Die Tatsache, daß der Inhalt geheimer Sitzungen sofort der Presse bekannt gemacht wird, kennzeichnet am besten den Wert der sogenannten Untersuchungsausschüsse. Wir werden trotzdem die Einbeziehung des Falles Grütze-Lehder in den Untersuchungsausschuss beantragen, um endlich die gemeingefährlichen Lügen festzunehmen. Nachdem ich am 5. Februar das Justizministerium, Staatsanwaltschaft und politische Polizei schriftlich bzw. mündlich ersucht habe, entweder gegen mich ein Verfahren einzuleiten, wenn begründete Unterlagen doch vorhanden wären, oder aber mich gegen diese Gemeinheiten zu schützen, bin ich bis zum heutigen Tage ohne Antwort geblieben. Ich stelle also fest, daß ein preussischer Landtagsabgeordneter vogelfrei ist, wenn er völkisch ist. (Zustimmung bei den Völkischen, Gesächter links.) Darauf wird ein völkischer Antrag, den Fall Grütze-Lehder dem Untersuchungsausschuss zu überweisen, angenommen.

Ohne wesentliche Aussprache werden folgende Haushalte erledigt: Münzverwaltung, Gesetzsammlungsamt, Deutscher Reichs- und Preussischer Staatsanzeiger, Oberrechnungs-kammer. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Trennung und Auseinanderlegung der Provinzen Ober- und Niederschlesien.

Abg. Franz (Oberschlesien) (Soz.) lehnt die Vorlage ab. Man habe lediglich dem Agitationsbedürfnis der Rechtsparteien Rechnung getragen. (Oho! rechts.) Die Schaffung ei-

ner neuen Provinz liege nicht im Interesse des deutschen Volkes und der schlesischen Bevölkerung.

Abg. Graf Garnier (Dnat.) widerspricht diesen Ausführungen. Gerade die Partei des Vorredners habe früher sehr energisch ein Spezialgesetz für Schlesien gefordert. Hört, hört! rechts.) Der Redner wirft einen Rückblick auf die Entwicklung der Dinge in Oberschlesien und auf die Wandlungen in der Politik der ober-schlesischen Zentrumspartei, besonders des Zentrumsführers Ullrich. Die deutschnationale Fraktion finde sich mit dem Provinzialtrennungsgesetz trotz schwerster wirtschaftlicher Bedenken ab.

Abg. Göbel (Ztr.) polemisiert gegen den Vorredner und zitiert Äußerungen aus der Zeit der Abstimmungskämpfe, die von den Deutschnationalen gemacht seien im Sinne eines autonomen Oberschlesiens. Das Zentrum habe, seinen Grundjähen getreu, die gerechten Forderungen der Polen unterstützt, für die ungerechten sei es nie eingetreten.

Abg. Aelt-Kreuzburg (D.V.P.) betont, daß der Gesetzentwurf aus der Zeit herausgehoben wurde, und an sich bedauerlich sei. Die Bildung der Provinz Oberschlesien sei zwar zurzeit von der Deutschen Volkspartei mitgemacht worden. Das Versprechen auf Selbständigmachung Oberschlesiens habe aber durch das Ergebnis der Volksabstimmung an Bedeutung umsomehr verloren, als die Polen ihre Bemühungen auf Erlangung des deutschen Restes von Oberschlesien nicht eingestellt haben.

Abg. Herrmann-Breslau (Dem.) weist darauf hin, daß die schlesischen Grenzbezirke mit zu denen gehören, die am meisten gelitten hätten und daß bei ihrer Interessenvertretung keine sonstigen politischen Differenzen herausgestellt werden sollten.

Abg. Haacke-Liegnitz (W.Bgg.) meint, aus der verwaltungsmäßigen Trennung von Ober- und Niederschlesien würde sich durch die neu erforderlichen Verwaltungsstellen eine neue Steuerbelastung für Oberschlesien ergeben. Wenn in ganz Schlesien eine Abstimmung stattfände, würde man erleben, daß die Mehrheit für ein unzertrenntes Schlesien stimmen würde.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Hamburger (Soz.), Graf Garnier (Dnat.), Meckenthin (D.V.P.) und Schulz-Breslau (Rom.), schließt die Aussprache und die Vorlage geht an den Verfassungsausschuss. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch.

### Verleumdung des Richterstandes?

Verechthigte Anfragen an den Ministerpräsidenten Braun.

Berlin, 23. Februar. Im Preussischen Landtag ist von der Deutschen Volkspartei eine kleine Anfrage eingegangen, die Bezug nimmt auf den Bericht des „Berliner Tageblattes“ und der „Vossischen Zeitung“ über Ausführungen des Ministerpräsidenten Braun auf dem Reichsbannertag in Hamburg, in dem das Reichsbanner als Schutzwall gegen das Treiben der Kememörder und sog. vaterländischen Organisationen, das den Abscheu aller Gesitteten erregt habe, bezeichnet wird, und weiter ausgeführt wird, daß leider einzelne Organe des Richterstandes sich schützend vor die Feinde der Republik stellen.

In der Anfrage wird erklärt, es sei davon auszugehen, daß der höchste Beamte des preussischen Freistaates sich auf unzweifelhaft festgestellte Tatsachen stütze, wenn er gegen Staatsbeamte in aller Öffentlichkeit den schweren Vorwurf der Rechtsbeugung und Begünstigung erhebt. Die Öffentlichkeit habe daher ein dringendes Interesse daran, alsbald über die Grundlagen der von dem Ministerpräsidenten erhobenen Beschuldigungen unterrichtet zu werden. Es wird daher die Frage gestellt, auf welche Tatsachen sich die Behauptungen gründen; ferner wird gefragt, ob alsbald gegen die beteiligten schuldigen Beamten auf Grund der festgestellten Tatsachen ein Strafverfahren oder ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei und zutreffendenfalls, wieviele solcher Verfahren zurzeit schweben.

### Bonnns Befreiungsfeier.

Enthüllung eines Denkmals für die gefallenen Studenten. Am Sonntag veranstaltete die Bonner Universität eine Befreiungsfeier, die mit Festgottesdiensten in den Kirchen beider Konfessionen begann. Darauf fand in der Beethovenhalle der eigentliche Festakt statt, an dem unter anderem Reichsjustizminister Dr. Marx, Kultusminister Dr. Ledder und 24 Rektoren von deutschen Universitäten, der Oberpräsident der Rheinprovinz und der Regierungspräsident von Köln teilnahmen. Nach einem vom Amtsdanten des Bonner Stadttheaters, Dr. Fischer, vorgetragenen Prolog hielt der derzeitige Rektor der Bonner Universität, Professor Dyress, die Festrede. Im Namen der deutschen Universitäten sprach Professor Noethe, der bekannte Germanist der Berliner Universität. Ganz Deutschland, so sagte er, bealückwünsche heute Bonn mit dem Gefühl herzlichsten Dankes für das, was es in schweren Jahren gelitten, geopfert und bewahrt habe. Dank müsse auch





Käufel  
Kohel  
Koffel

# Rahm-Buttergleich

MARGARINE

## U. A. M. Bekannmachungen.

### Verdingung.

Die zur Verlegung des Reiderziner Weges erforderlichen Erdbearbeiten rd. 13000 cbm Bodenbewegung sollen in öffentl. Ausschreibung vergeben werden.

Bedingungen und Angebotsverzeichnisse sind von der städt. Bauverwaltung, Tiefbau-Abteilung, Rathaus Zimmer 38 a, während der Dienststunden gegen Erstattung der Schreibgebühren von 1,50 M. erhältlich.

Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis

**Donnerstag, den 4. März d. Js., vormittags 11 Uhr** im Rathaus Zimmer 38a abzugeben.

Stolp, den 22. Februar 1926  
Der Magistrat.

### Hauszinssteuerhypotheken.

Beim Magistrat gehen noch ständig neue Anträge auf Bewilligung von Hauszinssteuerhypotheken ein. Es besteht keine Aussicht, daß diesen Anträgen in absehbarer Zeit entsprochen wird, denn das gesamte der Stadt im Rechnungsjahre 1926 (also bis 1. April 1927) zustehende, zur Förderung des Neubaus bestimmte Hauszinssteuer-aufkommen ist bereits vergeben. An den Herrn Minister für Volkswohlfahrt ist nun zwar vom Magistrat ein Antrag auf Ueberweisung möglichst reichlicher Mittel aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds gerichtet worden; wieviel überwiesen werden wird, steht aber noch nicht fest; im Rechnungsjahr 1925 waren es 159 000 Mmk. Demgegenüber liegen beim Magistrat bereits Anträge auf Bewilligung von 1,75 Millionen Reichsmark Hauszinssteuerhypotheken vor. Neue Anträge haben also kaum irgend welche Aussicht auf Erfolg.

Stolp, den 22. Februar 1926.  
Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Die Brausebäder in der 1., 2. und 3. Gemeindeschule werden am Sonnabend jeder Woche weiteren Kreisen zur Verfügung gestellt und zwar:

von 2—4 Uhr für Frauen,  
von 4—9 Uhr für Männer.

Jedes Bad kostet 15 Pfennig. Badefarten sind bei den Hausmeistern erhältlich.

Stolp, den 20. Februar 1926.  
Der Magistrat.

## Deutschnationaler Volksverein Ortsgruppe Stolp.

Am **Mittwoch, den 24. Februar**, abds. 8 Uhr spricht im Gymnasium der Schriftsteller Kurt Schmidt über:

**„Deutschostafrika während und nach dem Kriege.“**

150 Lichtbilder. Eintritt 50 Pfg.  
Unsere Mitglieder machen wir auf den Vortrag aufmerksam und bitten um zahlreichen Besuch.

Ortsgruppe Stolp.

## Stolper Volkshochschule.

### Staatsbürgerlicher Lehrgang

**Mittwoch, den 24. Februar**, abends 8 Uhr in der Aula des Gymnasiums,

Vortrag des Schriftstellers Kurt Schmidt: **„Die Wichtigkeit der Kolonien für Deutschlands Zukunft, geschöpft aus den Erfahrungen und Erlebnissen eines deutschen Siedlers in 14jähriger Kolonialtätigkeit vor und während des Weltkrieges in Deutschostafrika.“**

Am Schluß Vortrag von 150 Lichtbildern. Eintrittskarten 50 Pfg. im Büro der Volkshochschule und an der Abendkasse.

## Weinhandlung Bahnhofshotel

Preiswerte Angebote auch in  
**Spirituosen**

In Weinstuben

**U. A. 1921 er Weine**

mit Gewächsangabe, von hervorragender Qualität im Ausschank.

**Anerkannt gute, gediegene Küche  
Mittagsstisch auch im Abonnement**

**: Abgeschlossene Räume :  
für kleinere Gesellschaften bis zu 60 Personen.**

A. Schmidt.

Frisch eingetroffen!

Seines

## Schweinekleinfleisch

die 7 Pfd. Dose nur 2,75 Mk.

**Wilhelm Krink**

Hofstentorstr. 16. Tel. 599.



## Börsen-Interessenten

erhalten unsere wöchentlichen Börsenberichte auf Wunsch gratis regelmäßig zugefandt.

**v. Bischoffshausen & Co., Bankgeschäft**  
Berlin S. W., 68, Friedrichstraße 207.

Maschinen-  
Zylinder-  
Motoren-  
Zentrifugen-  
Auto-  
Leder.

Maschinen-  
Wagen-  
Leder-  
Huf-

**Lo. Tribriemen**

2-teilige Holzriemenwehre

**J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.**

Fernspr. 792.

Gegr. 1862.

# Oele Felle

Unterstützt nicht die Hausbettelei durch Geldgaben, sondern kauft

**Gutscheine der städtischen Volksküche**  
zur Ausgabe an Bettelnde.

12 Gutscheine kosten 1.— Mk. und sind vorläufig zu haben.

- Deutschnationale Volkspartei, Langestraße 1
- U. Lemme & Co., Langestraße 64
- Cafe Groth Langestraße
- Emil Wolsdorff Inh. Paul Hartmann, Markt 15
- Krüger & Overbeck Neutorstraße 7
- Hotel Kaiserhof, Neutorstraße
- Mag. Böste, Neutorstraße 14
- Cafe Reinhardt, Neutorstraße
- Stadt Sparkasse, Stephanplatz
- Stolper Bank, Stephanplatz
- U. Ubrant, Hospitalstraße 1
- Deutsche Volkspartei, Bahnhofstraße 37
- Siegfried Ramlow, Bahnhofstraße 11
- Paul Albrecht, Bahnhofstraße 15
- U. P. Hillebrandt, Bismarckplatz 1
- Kaufmanns Ballhaus
- Bruno Heinze, Hofstentorstraße 2
- Mag. Kropp, Hofstentorstraße 3
- Richard Pfau, Langestraße 61
- Buchdruckerei Delinghaus, Langestraße 60
- Otto Stömer, Langestraße 35
- Mund's Hotel, Markt
- Kammerlichtspiele.

Die Verwaltung der städtischen Volksküche.

W. Laenen, Stadtrat.

Zur Lieferung Frühjahr ist es jetzt Zeit  
**den Grabstein  
das Grabkreuz  
die Grabschwelle**

zu bestellen  
500 Stück zur Auswahl.

Auf Wunsch können auch Bohrer, Sockelungen  
**Adolf Pegelow, Stolp**

Präsidentenstr. 24 Tel. 282  
Grabdenkmalfabrik mit Maschinenbetrieb.

Ueber den Kaufmann D. far Pieper in Glogow, Adler-Drogerie, ist heute die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses angeordnet. Aufsichtsperson: Kaufmann S. Schüler in Glogow. Anmeldungen sind an die Aufsichtsperson, nicht an das Gericht zu richten.  
Stolp, den 20. Februar 1926.  
Amtsgericht.

### 3 Monate Ziel

erwähle ich beim Einkauf von Seifen und Kurzwaren, Großlistenpreise—Man verlange Muster „Merkur“ chem. techn. Präparate Leipzig, Sophie str. 36.

**S. W. Feiges  
Buchdruckerei**  
Stolp i. Pom.

Fernruf 18 Präsidentenstr. 45

Anfertigung von  
**Drucksachen**  
aller Art  
in schwarz und farbig.

## Stadt-Theater

Fernruf 419

Donnerstag den 25. Februar  
abds. 8 Uhr

**„Die Lanzgräfin“**

Operette in 3 Akten  
von R. Stolz.

Freitag, den 26. Februar  
abds. 8 Uhr

Erstaufführung!

**An der schönen Donau**  
Operette in 3 Akten  
von Franz Hartmann.

## Metallbetten

Stahlmatr., Kinderbetten  
die an Bismarckstr. 1416  
Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

## Kirchliche Anzeigen

St. Marten

Donnerstag, den 25. Februar,  
abds. 8¼ Uhr Passionsspiele  
Predigt: Pastor Spittel.

St. Marien

Mittwoch nachm. 6 Uhr  
Bismarckstr. 1416  
Pastor Lambert